

Meyer-Werft nun doch in Luxemburg

Trotz der Proteste aus der Politik zieht Mutterkonzern ins Ausland – und verhindert so einen Aufsichtsrat



Spezialist für ganz dicke Pötte: Die Meyer-Werft in Papenburg ist für Kreuzfahrtschiffe wie die „Anthem of the Seas“ weltbekannt.

FOTO: DPA

VON PETER MLODOCH
UND STEFAN LAKEBAND

Papenburg-Hannover. Es ist nur eine unscheinbare Ausfallstraße zum Luxemburger Flughafen. Doch die Rue de Neudorf, Hausnummer 560a, ist Auslöser eines gewaltigen Streits zwischen der IG-Metall, dem Land Niedersachsen und der Meyer-Werft. Das Familienunternehmen aus Papenburg hat am Mittwoch bestätigt, dass es an der Entscheidung festhalten will, den Mutterkonzern nach Luxemburg zu verlagern – eben in die Rue de Neudorf.

Ende Juni waren die Pläne der Meyer-Werft bekannt geworden. Die offizielle Begründung der Firmengruppe aus Papenburg: Man wolle so die Gründung eines Aufsichtsrats umgehen. „Ein großer Vorteil unserer Unternehmen ist, schnell und flexibel entscheiden zu können. Dieses lässt ein Aufsichtsrat nicht zu“, sagte ein Werftsprecher damals. Gemeint war vor allem die Tatsache, dass auch Arbeitnehmervertreter im Kontrollgremium vertreten sein müssten. Daran konnte auch die Bedenkzeit nichts ändern, auf die sich das Land Niedersachsen und der Schiffbauer geeinigt hatten und die nun vorbei ist. „Wir

haben eine Entscheidung getroffen, die anderen nicht gefällt. Damit müssen wir jetzt leben“, teilte die Werft am Mittwoch mit.

Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) konnte seinen Ärger kaum verbergen. „Leider ist es mir nicht gelungen, die Leitung der Meyer-Werft umzustimmen“, sagte er. „Umgekehrt ist es Herrn Meyer nicht gelungen, mir verständlich zu machen, warum er die Entscheidung für Luxemburg überhaupt für notwendig erachtet hat.“ Die Vermeidung eines Aufsichtsrats bleibe als Begründung jedenfalls nicht überzeugend, betonte Lies. „Es gibt in Deutschland und Niedersachsen genug Beispiele für eine gelebte Mitbestimmung. Viele Unternehmen sind trotz oder vielleicht auch gerade wegen eines Aufsichtsrats doch äußerst erfolgreich.“ Er hoffe, dass Meyers Vorgehen nun nicht eine „negative Signalwirkung“ auf andere Konzerne habe.

Der Minister ging aber davon aus, dass die Verlegung der Werft-Holding ins Steuerparadies keine negativen Auswirkungen auf die Einnahmen des Landes hat. Dies sei schließlich die Kernaussage eines Gutachtens, das die Werft selbst in Auftrag gegeben hatte. Juristisch prüfen könne er dies freilich nicht, gab Lies zu.

Trotz des Streits und der mangelhaften Kommunikation – das Wirtschaftsministerium hatte erst ein halbes Jahr später aus den Medien von der geplanten Verlegung erfahren – wolle das Land weiter mit der Werft zusammenarbeiten. Der Masterplan Ems hat laut Lies indes nichts mit der umstrittenen Sitzverlegung zu tun. Der Pakt zwischen Land, Kommunen, Umweltverbänden und Meyer-Werft sichert dem Unternehmen zu, dass es seine riesigen Kreuzfahrtschiffe auch künftig über den Fluss in die Nordsee überführen kann.

Für Thomas Gelder ist die endgültige Entscheidung für Luxemburg keine besondere Überraschung mehr. „Meyer hat von vornherein deutlich gemacht, dass es an dem Plan nichts zu rütteln gibt“, sagte der erste Bevollmächtigte der IG Metall Leer-Papenburg, der bis zu diesem Jahr selbst Betriebsratsvorsitzender bei der Werft war. Er sieht allerdings auch Versäumnisse der Arbeitnehmervertreter in der Vergangenheit. „Die Gründung eines Aufsichtsrats hätte vor 50 Jahren passieren können. Das hat man als Betriebsrat und als IG Metall aber nie betrieben.“

Die Meyer-Werft baut an drei Standorten Schiffe: in Papenburg, Rostock und im

finnischen Turku. Allein in Papenburg setzt das Familienunternehmen etwa 3100 Mitarbeiter ein, hinzu kommen 290 Leiharbeiter und rund 1500 Werkvertragsarbeiter. In Deutschland und Finnland beschäftigt Meyer zusammen etwa 5100 Menschen. Laut Gesetz müssen Firmen ab einer bestimmten Größe einen Aufsichtsrat haben, der zur Hälfte mit Arbeitnehmern besetzt ist.

„Seit dem Kauf der Werft in Turku im vergangenen Jahr ist die Meyer-Werft eine der größten europäischen Werftengruppen“, erklärte Meinhard Geiken, Bezirksleiter der IG Metall Küste. Deshalb brauche man auch eine Struktur, die die Mitbestimmung der Mitarbeiter festschreibt. Ähnlich sieht das auch Uwe Beckmeyer (SPD). „Die Entscheidung löst bei mir keine Begeisterungstürme aus“, sagte der Bremerhavener, der als parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium arbeitet. „Mitbestimmung ist ein hohes Gut und hat in Deutschland eine lange Tradition.“

Kommentar Seite 2

Die „Anthem of the Seas“ verlässt das Dock: Scannen Sie das Foto und sehen Sie sich ein Video davon an.

Mehr Klassen, zu wenige Lehrer

Hannover (hpm). In Niedersachsen drohen im neuen Schuljahr Stundenausfälle im größeren Umfang. Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) korrigierte am Mittwoch ihre Prognose für die Unterrichtsversorgung vorsorglich nach unten – auf „knapp unter 100 Prozent“. Im alten Schuljahr betrug dieser Wert für alle Schulformen noch 101 Prozent. Grund sind steigende Schülerzahlen. Der Zustrom von bis zu 40000 Flüchtlingskindern in diesem Jahr kehrt den jahrelangen Minus-Trend infolge des demografischen Wandels um. Mehr Schüler bedeuten aber auch mehr Klassen – doch dafür fehlen ausreichend Lehrer. Die notwendigen Neueinstellungen etwa wegen Pensionierungen hatte das Ministerium offenbar noch auf Grundlage älterer Schülerzahlen berechnet. Dazu kommt, dass ein Teil der rund 2600 neuen Lehrer für zusätzliche Sprachlernklassen gebraucht wird, also dem regulären Unterricht nicht zur Verfügung steht.

Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg zur Lehrerarbeitszeit hat dagegen laut Ministerium keine Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung. Die Richter hatten die von Rot-Grün verordnete Mehrarbeit für Gymnasiallehrer kassiert; dadurch war eine rechnerische Lücke von 740 Stellen entstanden. Diese habe man zu zwei Dritteln durch Neueinstellungen stopfen können, der Rest werde durch freiwillige Mehrarbeit aufgefüllt, erklärte Heiligenstadt. Bericht Seite 14

THEMA

Kampf dem Klimawandel

Der Klimawandel macht keine Pause. Die Folgen sind schon heute spürbar. Ende des Jahres will die Politik wieder einmal versuchen, mit einem Abkommen die Erderwärmung halbwegs zu begrenzen.

VERMISCHTES

Der Müll, der Kaffee und die Becher

Steht der Coffee-to-go vor einer grundlegenden Veränderung? Naturschützer fordern, die umweltschädlichen Einwegbecher durch Mehrweg-Behälter zu ersetzen. Es gibt aber auch kritische Gegenstimmen.

BREMEN

Uralte Knochen in der Baugrube

Bei Kanalbauarbeiten an der Stephani-Kirche sind Bauarbeiter auf Jahrhunderte alte menschliche Knochen gestoßen. Archäologen versprechen sich hiervon Rückschlüsse auf die früheren Bewohner des Viertels.

SPORT

Eisern durch die Öztaler Alpen

Maik Schindler liebt Herausforderungen. Vor zwei Jahren hat er den Ironman-Triathlon auf Hawaii bewältigt, jetzt absolvierte der Bremer den Öztaler Radmarathon. Nach 238 Kilometern durch die Alpen belegte Schindler in der Gesamtwertung Platz 35 – und war damit schneller als ein Tour de France-Sieger.



RUBRIKEN

| | | | |
|------------------|-------|------------------------|----|
| Familienanzeigen | 6, 20 | Rätsel & Roman | 26 |
| Fernsehen | 27 | Tipps & Termine | 19 |
| Lesermeinung | 12 | Veranstaltungsanzeigen | 20 |

Regierung will Grundgesetz ändern

Berlin-Wien. Angesichts sprunghaft gestiegener Flüchtlingszahlen will die Bundesregierung bis Ende Oktober ein milliardenschweres Paket mit vielen Gesetzesänderungen auf den Weg bringen. Das kündigte Innenminister Thomas de Maizière (CDU) am Mittwoch in Berlin an. Geprüft würden auch Änderungen am Grundgesetz. Der Minister hat zahlreiche Maßnahmen vorgeschlagen, um zügig neue Flüchtlingsunterkünfte zu schaffen, die Asylverfahren zu beschleunigen und abgelehnte Asylbewerber schneller zurückzuschicken. Vor allem geht es auch um mehr Geld vom Bund für die Flüchtlingsversorgung. Der Bund kann den Kommunen bislang nicht direkt Geld auszahlen, sondern nur den Ländern.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) verlangte mehr Zusammenhalt innerhalb der EU. Zugleich kündigte er für das Treffen der EU-Außenminister am Wochenende in Luxemburg eine Initiative zusammen mit Frankreich und Italien an. Dabei soll es um eine „gerechtere Verteilung“ der Migranten gehen. Derweil kamen aus Ungarn und Österreich aufgrund der wieder strengen Polizeikontrollen am Budapester Ostbahnhof kaum noch Flüchtlinge in Bayern an. In Österreich verhinderte die Polizei im letzten Moment eine weitere Flüchtlingstragödie. Sie befreite 24 junge Afghanen, die Schlepper in einem Klein-Lkw mit zugeschweißten Fenstern und Türen ohne Frischluft zusammengepfercht hatten. Standpunkt Seite 2-Bericht Seite 5

ANZEIGE

BREMER MANUFAKTURTAGE

04. und 05. September 2015
von 11:00 bis 18:00 Uhr

Candlelight-Shopping am Freitag
von 19:00 bis 21:00 Uhr

Erleben Sie die Verkaufsausstellung von vielen Manufakturen im nationalen Industriedenkmal Koch & Bergfeld, Kirchweg 200 in der Bremer Neustadt.

www.bremer-manufakturtage.de

Gestohlene Kindheit



Silke Hellwig
zur Frühförderung

Kinder saugen Wissen auf wie ein Schwamm. Wer wollte einem neugierigen Kind im Vorschulalter also verwehren, lesen und schreiben zu lernen? Das gab es schon immer, und das wird es auch immer geben. Was wäre „Der kleine Nick“ ohne Adalbert, den Klassenprimus? An ihm zeigt sich aber auch, dass Schule gerade in den ersten Jahren viel mehr lehrt als Zählen und Buchstabieren: den halben Tag ohne elterlichen Schutz zu verbringen, sich anzupassen, auch sich durchsetzen und wehren zu können. Wer das nicht lernt, dem hilft auch das große Einmaleins auf Englisch nicht weiter.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass sich Deutschland nicht nur mehr und mehr in Arm und Reich, sondern auch in Früh- und Garnichtgefördert teilt. Damit prallen in der Schule Anforderungen aufeinander, denen Lehrer nicht gerecht werden können: Hier die Kinder, die besondere Zuwendung brauchen, weil sie große Defizite haben; und dort der Nachwuchs, dessen Eltern besondere Zuwendung brauchen, weil sie sich vom ersten Schultag an massiv einmischen, damit der Filius eines Tages auch ganz sicher ein 1,0er-Abi macht. Doch Schule ist nicht dazu da, schon unter Abc-Schützen Eliten zu bilden und auf Erfolg zu trimmen, jedenfalls nicht die staatliche. Den Kindern Kindheit stehlen, das muss man schon ganz privat. Bericht Seite 9
silke.hellwig@weser-kurier.de

KOPF DES TAGES

Wilhelm Hinners



Wenn es nur etwas anders gelaufen wäre – Wilhelm Hinners wäre dann Bremer Senator. Der Mann aus Mahndorf galt als CDU-Kandidat für den Chefessel im Innenressort. Doch da die Union es nicht auf die Regierungsbank geschafft hat, wurde daraus nichts. Jetzt aber gibt's für Hinners doch noch eine Position – ohne Chefessel. Der Innenpolitiker und Polizeipensionär übernimmt an diesem Donnerstag den Vorsitz der Innendeputation.

LOTTO

6 aus 49 2 3 16 18 20 35 1
Spiel 77 8 10 7 8 6 6 Super 6 * 7 6 1 6 6 3
(Ohne Gewähr)

WETTER

Tagsüber Nachts Niederschlag

19° 10° 80%

Nordsee-Tief bringt Schauer
Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN

